

Ein neuer Zyklus der deutschen parlamentarischen Demokratie

Einige Vorschläge, wie über den Wahlausgang
in Brandenburg und Sachsen zu reden wäre

Am Wahlabend des 1. September 2019 mündet eine fünfjährige politische Übergangsperiode in einen neuen politischen Zyklus. Vor fünf Jahren zog die »Alternative für Deutschland« (AfD) erstmals in zwei Länderparlamente ein. Der Zufall der Wahltermine wollte, dass es sich um Brandenburg und Sachsen handelte und nicht um Baden-Württemberg und Hessen. Bis Oktober 2018 wurde diese Partei in der Regel mit deutlich zweistelligen Ergebnissen in alle weiteren vierzehn Landesparlamente und zur drittstärksten Fraktion im Deutschen Bundestag gewählt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigte sich, dass die AfD ihr bisheriges Wählerpotential nahezu ausgeschöpft hat.

Mit dem gegenüber der Vorwahl gestärkten, gegenüber den zwischenzeitlichen Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament stagnierenden Wiedereinzug in die Landesparlamente von Brandenburg und Sachsen beginnt nun ein neuer politischer Zyklus. War der vorherige Zyklus geprägt vom Erstaunen über das Erstarken einer Partei rechts von der Union, trotz oder wegen ihrer verschiedenen Häutungen in Richtung einer antidemokratischen, autoritär-völkischen Partei und dem Rätseln darüber, wie ihre Wähler gleichwohl am besten zurückgewonnen werden könnten, so wird der nächste Zyklus von der Erkenntnis geprägt sein, dass die parlamentarische Existenz dieser Partei von Dauer sein wird und es eine nicht unerhebliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in dieser Gesellschaft gibt, die die politischen Positionen und den Stil dieser Partei gut heißen, teilen und nicht nur billigend in Kauf nehmen. Wie lässt sich dieser neue politische Zyklus charakterisieren? Einige Vorschläge.

AfD – Keine Partei nur »des Ostens«

Die AfD ist die erste erfolgreiche gesamtdeutsche Parteigründung. Über sie als ein besonderes »Problem des Ostens« zu diskutieren entstammt den politischen Diskurs-Schablonen der letzten zwanzig Jahre in West wie Ost. Allerdings besteht tatsächlich das Problem, dass die notwendige Diskussion über den gesellschaftlichen Stand nach 30 Jahren Wende sich nur schwer von den AfD-Wahlergebnissen trennen lassen, da 2019 nur in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewählt wird. Tatsächlich, die AfD erzielte und erzielt in den östlichen Bundesländern bessere Wahlergebnisse als in den westlichen. Jedoch: In Mecklenburg-Vorpommern reichte es 2016 für 20,8% und in Baden-Württemberg im gleichen Jahr für 15,7% - ein qualitativer Unterschied, der es nahelegt, von einem besonderen Ost-Problem zu reden? Mit der gleichen Berechtigung könnte das Augenmerk auf ein Nord-Süd-Problem gerichtet werden, etwa auf das Ergebnis in Baden-Württemberg oder Hessen (12,6% in 2018) einerseits und andererseits Niedersachsen und Schleswig-Holstein (6,2% und 5,9% in 2017). Im Süden mehr doppelt so stark wie im Norden - es wäre die gleiche Arithmetik, wie sie zwischen Ost und West in Anschlag gebracht wird.

Tatsächlich ist die AfD keine regionale, sondern die erste erfolgreiche Parteigründung im seit 1990 entstehenden neuen Deutschland. Ihr Erfolg verdankt sich dem verbreiteten Gefühl des Verlustes der Gewissheiten der alten Bundesrepublik Deutschland, wie sie im Westen erlebt und im Osten wahrgenommen bzw. erhofft wurde. Dieser Verlust hat verschiedene Ebenen der sozialen und kulturellen Deklassierungen und Enttäuschungen, aus denen nicht Empörung, sondern Groll und Ressentiment entstehen. Das ist es aber nicht allein: Der AfD gelingt es auch, die unterhalb der öffentlichen Meinungen und der Staatsräson in Ost und West erhalten gebliebenen nationalistischen, völkischen, auch rassistischen Haltungen und Mentalitäten zu sammeln. Entsprechende Mentalitätsmuster, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen und über Familien- und Milieustrukturen vererbt werden, überdauerten sowohl Alt-BRD wie DDR. Die historischen Konstellationen, in denen sie sich politisch formieren, wandeln sich: Waren es in den 1960er Jahren die neuen Prozesse gegen NS-Schergen und die beginnende Entspannungspolitik, die den Einzug der NPD in mehrere Landesparlamente flankierten, so sind es heute die unübersichtliche globale Ordnung, Terrorismus, die Folgen der ökonomischen und kulturellen Transnationalisierung sowie Migration und Demographie, die den Hintergrund für die AfD-Erfolge bilden.

Zu erklären wäre mithin »nur«, welche Gründe es geben kann, dass wie im aktuellen Fall die AfD in Ostdeutschland um einiges stärker ist als in Westdeutschland (was mit der Frage zugleich auch als eine für die Zukunft gültige Tatsache festgeschrieben wird). Dafür lassen sich zwei wesentliche Faktoren anführen.

- Die Berufung auf das deutsche Volk und Nationalismus waren bereits zu Wende-Zeiten präsent. Nicht zuletzt daher stürzten sich westdeutsche Nationalisten in den Aufbau von rechten Strukturen im neuen Ost- bzw. in ihrer Sprache: Mitteldeutschland. Erste öffentlich eigentlich nicht zu übersehende Wirkungen zeigten sich bei den Landtagswahlen ab 1998, als zuerst der DVU in Sachsen-Anhalt der Einzug in ein Landesparlament gelang. Es folgten Brandenburg (DVU), Mecklenburg-Vorpommern (NPD) und Sachsen (NPD). In Sachsen votierten bereits 1999 7% der Wählenden 18-24jährigen für die NPD, 2004 dann 21%, darunter ein Viertel der 18-24jährigen Männer, weiter ein Fünftel der 25-34jährigen Männer und immer noch ein Sechstel der 35-44jährigen Männer. Hierbei handelte es sich um Personen, die mitten im Erwerbs- und Alltagsleben der Dörfer und kleinen Städte standen und durchaus in der Lage waren, das öffentliche Klima in Vereinen, Kneipen, Clubs usw. zu prägen. Über der Beschwörung des antidemokratischen Erbes der DDR wurde das viel ältere Erbe des Nationalismus geflissentlich übersehen, nicht zuletzt von der CDU in Sachsen.
- Anders als in der früheren Bundesrepublik mit der langen Wiederaufbau- und Wirtschaftswunderperiode, die bis weit in die 1970er Jahre strahlte, gab es nach 1990 auf dem Territorium der ehemaligen DDR keine vergleichbare Phase, in der sich ideologische und affektive Bindungen an eine der beiden Volksparteien aufbauen und bewähren konnten. Das hatte auch etwas mit Erwartungen zu tun, die in Enttäuschungen umschlugen, weil ihnen mit dem Mauerfall hinterrücks die Geschäftsgrundlage abhandengekommen war, vor allem durch den möglich gewordenen neuen Schub der Globalisierung und Ökonomisierung. Fehlende vertrauensvolle Bindungen an eine Volkspartei erleichterten den Wechsel zwischen Parteien und zu Außenseiterparteien. Mittlerweile haben die Wählerinnen und Wähler in den westlichen Ländern, was die Abwendung von den Volksparteien betrifft, mächtig aufgeholt.

Die PDS war nie nur eine linke, sondern immer auch eine ostdeutsche Partei. Sie übernahm die Rolle der Anwältin einer Minderheit, deren »ostdeutsche«, d.h. DDR-Biographien und Lebenserfahrungen unter die Räder der Verwestdeutschung gerieten. Als die PDS nach 2007 zur gesamtdeutschen Linken mutierte, verlor diese Funktion ihre Strahlkraft und damit

endete die Herausbildung einer aus der ostdeutschen Geschichte und Mentalität geprägten Regionalpartei. Die AfD beerbt nicht diese Rolle und Funktion, vielmehr greift sie die nationale Linie auf, die in der Wende erstmals bei Kohl's Auftritt in Dresden in aller Deutlichkeit hervortrat. „Vollende die Wende“ adressiert nicht die Ostdeutschen (im Verhältnis zum Westen), sondern die Deutschen in Ost wie West, die sich durch die »Eliten« und »Altparteien« um die erstrebten Früchte der Wende, nämlich den alten westdeutschen Wohlfahrtsstaat und den Vorrang der Volkszugehörigen betrogen fühlen.

Dass die AfD eine gesamtdeutsche Partei ist, schließt nicht aus, dass sie auf mittlere Sicht zu einer Partei wird, die nur noch im Osten ihre Stärke halten kann. Die fortschreitende innerparteiliche Radikalisierung und eine mögliche Dominanz des »Flügel« könnten im Westen zu erheblichen Verlusten in konservativen Milieus führen.

Die AfD und der demokratische Konsens

Die AfD ist nunmehr ein (parlamentarischer) politischer Faktor, mit dem bis auf weiteres zu rechnen ist. Doch mit welcher politischen Qualität haben es die anderen Parteien zu schaffen? Die Erfolge der AfD werden immer noch erkaufte mit ständigen politischen Tabubrüchen, die die Grenzen des Sagbaren verschieben und die demokratisch-zivilisatorischen Filter vor Ressentiments und roher Bürgerlichkeit zersetzen. Die Voraussetzungen für demokratische Politik werden systematisch unterhöhlt. Nach den Landtagswahlen 2019 in den drei ostdeutschen Ländern wird die Partei womöglich vom rechtsradikalen »Flügel« und seinen faschisierenden Leidenschaften geprägt werden. Der Weg von Alexander Gauland, der am Abend der letzten Bundestagswahl 2017 in Richtung Bundeskanzlerin und »Altparteien« die Parole »Wir werden sie jagen« prägte, zu den ganz realen Jagdszenen 2018 in Chemnitz ist kürzer als mancher angesichts der wertkonservativen Vergangenheit einiger Führungspersonen der AfD glauben mag.

Für die AfD steht nunmehr die Frage im Raum, ob und wie sie mit der bisherigen Strategie anhaltender Radikalisierung und Aufmerksamkeits-Generierung ihr Wählerpotential von bundesweit etwa 20% tatsächlich weiterhin ausschöpfen oder gar noch einmal vergrößern kann. Oder ob nicht im vorhandenen Wählerpotential mit dem Wiedereinzug in die Parlamente der reine Protest-Effekt abnimmt und stattdessen der Druck wächst, dass sich die parlamentarische Stärke auch in Regierungs- und Durchsetzungsmacht ausdrücken müsste, also in tatsächlichen politischen Veränderungen.

Bisher gibt es seitens der anderen Parteiführungen keine Koalitionsofferten, aber öffentlich ausgetragene Auseinandersetzungen darüber, wie man die Ablehnung einer Zusammenarbeit kommuniziert. Wird jegliches Gespräch abgelehnt mit Begründungen wie: Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen, mit Anti-/illiberalen Demokraten, sprachlichen Brandstiftern, autoritären Nationalisten, »Höcke« usw.? Oder werden Gespräche geführt und am Ende erklärt, dass sich (wie erwartet) gezeigt habe, dass es (noch) keine (ausreichenden) Gemeinsamkeiten gibt?

Nicht unterschätzt werden darf hierbei, dass diese Fragen sich vor dem Hintergrund von vier oder fünf Jahren gemeinsamen parlamentarischen Alltags stellen, in denen womöglich hier und da kollegiale Beziehungen, auf jeden ein normalisierender Umgang Einzug gehalten haben.

Mit anderen Worten: Die Bereitschaft, undurchlässige Grenzen zu ziehen, wird ab dem 1.9.2019 im Ernstfall erprobt: Unverbrüchliches Bekenntnis zu Artikel 1 des Grundgesetzes als Basis des gesellschaftlichen Zusammenlebens; Schluss mit einer menschenverachtenden politische Sprache (wie z.B. »sie jagen«, »in Anatolien entsorgen«), die systematisch die

Grundbedingungen demokratischer Politik aushebelt; Anerkennung eines gemeinsamen politischen Raumes der Argumentation und Konfliktaustragung statt Konstruktion von - wahnhaften - Parallelwelten (wie z.B. die Rede von »Meinungsdiktatur«). Das wäre das demokratische Minimum, welches den Parlamentariern und den Landes- und Bundesverständen der AfD abzuverlangen wäre.

Bedeutungswandel »Stärkste Partei«

Größte mediale Aufmerksamkeit erregt seit den regionalen Wahlerfolgen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 die Frage, ob die AfD »stärkste Partei« wird. Bei der Bundestagswahl landete sie in Sachsen um 0,1% vor der CDU, zeitweilig lag in Umfragen zu den beiden Wahlen vor den anderen Parteien. Tatsächlich reichen in einem Parteiensystem, in dem es nicht mehr ein oder zwei dominierende Parteien gibt, immer geringere Zweitstimmenanteile, um stärkste Partei zu werden, z.B. 19,9% bei der EP-Wahl in Brandenburg.

Wenn wie in Brandenburg fünf Parteien annähernd gleichauf liegen, verändert sich die Wettbewerbssituation deutlich. Bei der Landtagswahl 2009 reichten in einem Wahlkreis 27,2% für die SPD, um stärkste Partei zu werden, im Durchschnitt aller 44 Wahlkreise waren es 33,6%. Fünf Jahre später lag der Durchschnittswert für die stärkste Partei in den 44 Wahlkreisen bei 32,3%, in einem Wahlkreis lag die SPD bereits mit 23,8% vorn. Bei der Bundestagswahl 2017 sank der Durchschnittswert auf 27,2%, in einem Fall reichten bereits 21,3% zum Status »stärkste Partei«. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 reichten bei einem Durchschnitt von nur noch 22,3% für die stärkste Zweitstimmenpartei bereits 17,2%, also weniger als ein Fünftel der gültigen Stimmen und 10,8% aller Wahlberechtigten, um zur stärksten Partei in einem Landtagswahlkreis zu werden. Anders als in vorherigen Wahlperioden ist die »stärkste Partei« weit davon entfernt, auch die dominierende Partei zu sein - wird allerdings schnell in dieser Rolle wahrgenommen, wenn die mediale Öffentlichkeit undifferenziert an dem früheren Bedeutungsgehalt festhält.

Es ist auch kein politisches Naturgesetz, dass der stärksten Partei das Amt des Ministerpräsidenten zustünde. Die Geschichte der Bundesrepublik ist gefüllt mit Regierungsbildungen »gegen« die stärkste Partei (meistens die CDU), angefangen zum Beispiel von Willy Brandt 1969 auf Bundesebene. Es wäre mithin völlig verfehlt, Wahlerfolge der AfD im nach den Bundestags- und Europawahlen erwartbaren Prozentbereich unter dem veralteten Label »stärkste Partei« größer zu machen als sie sind. Gleiches gilt auch für die Steigerungen gegenüber der Vorwahl 2014. Denn 2019 wird bei der Landtagswahl »lediglich« der Aufschwung bestätigt, der bei der Bundestags- und der EP-Wahl bereits erfolgt war.

Dass bereits mit einem recht geringen Stimmenanteil die Medaille der »stärksten Partei« erobert werden kann, deutet auf das Ende der alten Volksparteien und weitere Transformationen des Parteiensystems. Unter den neuen Bedingungen kommt es nicht nur auf einen angemessenen politischen Diskurs an, auch die Regeln der Regierungsbildung und der Berichterstattung - die mediale wie die regierungsoffizielle - über die Regierungstätigkeit werden sich verändern (müssen). Erste Erfahrungen konnten dazu in den verschiedenen Dreier-Regierungen gesammelt werden. Perspektivisch wird die Palette der möglichen Regierungsvarianten aber erweitert werden müssen, damit das parlamentarisch-demokratische System ausreichend anpassungsfähig an veränderte Bedingungen wird.

Ende der »Volksparteien«

Die Zeit der Volksparteien, wie die alte Bundesrepublik sie kannte, ist definitiv vorbei. Ob es zukünftig wieder eine oder mehrere »Volksparteien« geben wird, ist offen. Eine Partei

ist nicht allein schon deshalb eine Volkspartei, weil es ihr gelingt, Stimmen aus verschiedenen sozialen Schichten zu erhalten. In dem Sinne wären populistische Parteien allemal Volksparteien und die AfD womöglich der aufgehende neue Stern am Volksparteien-Firmament.

Eine »Volkspartei« zeichnete sich durch verschiedene Merkmale aus, darunter: hohe Mitgliederzahl, Heterogenität der sozialen Lage und der politischen Interessen der Mitglieder, innerparteiliche Fähigkeit zu Interessenausgleich und politischer Willensbildung, hohe ideologische Bindungskraft des Modells der »guten Ordnung der Gesellschaft« in verschiedene Milieus hinein, darauf gründendes Vertrauen in die Fähigkeiten der Partei und Sammlung von heterogenen, vertikale Schichten übergreifenden Stammwählerschaften. Ein entscheidender Aspekt für die Konstitution der alten Volksparteien wird dabei oft vernachlässigt: der alltäglich erlebbare Erfolg des Ordnungsmodells. Die Bindungskraft der Volksparteien beruhte nie allein auf politischen Konzepten oder dem ideologischen Profil, sondern entwickelte sich mit der tatsächlichen Wirkmächtigkeit: Die CDU reüssierte mit »Wohlstand für alle« in der »sozialen Marktwirtschaft«, die SPD mit der Perspektive des sozialen und kulturellen Aufstiegs durch individuelle (Bildungs-)Anstrengungen und kollektive Statussicherung. Von dieser historischen Wirkmächtigkeit, von millionenfacher Alltagserfahrung zehrten CDU und SPD noch weit über die 1980er Jahre hinaus, als es ihnen schon immer schwerer fiel, angesichts sich beschleunigender grundlegender Veränderungen vertikal wirkende Verbesserungen zu entwickeln und zu verwirklichen.

In den neuen Bundesländern konnten sich »Volksparteien« in diesem Sinne: als Parteien, denen es gelingt, sich einen generationenübergreifenden Vertrauensvorschluss zu erarbeiten; zu keiner Zeit entwickeln. Den Parteiensystemen der fünf Flächenländer wohnte nie eine Tendenz zur Herausbildung zweier großer Parteien inne, eher über ein gutes Jahrzehnt die Tendenz zu einem System dreier etwa gleich starker Parteien. Dem geringeren Vertrauensvorschluss in die alten Volksparteien entsprachen ausgeprägte politische Suchbewegungen und eine hohe Wechselbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Sachsen bildete vorübergehend eine Ausnahme. Mittlerweile lassen sich hinsichtlich der Volatilität der Wahlentscheidungen (nicht: der jeweiligen Parteipräferenzen) zwischen Ost und West keine qualitativen Unterschiede mehr ausmachen.

Die Volksparteien alten Stils haben sich überlebt. Was geblieben ist, ist ein Vertrauen in das verantwortliche Regierungshandeln von Personen, wobei es weniger um bestimmte politische oder unmittelbar interessengebundene Inhalte geht, sondern um Erwartungen und Einschätzungen darüber, wie eine regierende Person in unvorhergesehenen Situationen handeln würde, ob auf ihren Stil, ihre Entscheidungskriterien, ihr Verantwortungsgefühl Verlass ist. In den Umfragen zur politischen Stimmung zeigt sich dies mitunter in hoher Zustimmung zu einer Ministerpräsidentin/einem Ministerpräsidenten bei geringer Zustimmung zu seiner Partei oder der Regierungsarbeit insgesamt, ohne dass daraus eine echte politische Wechselstimmung entstünde.

Die alten Volksparteien haben zu ihrer Schwächung durch die Übernahme eines ökonomischen Modells der Politik und einen gravierenden Wandel im Selbstverständnis der Parteien und ihres Verhältnisses zu den Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Merkmale dieser Entwicklung sind die zunehmende Bedeutung von Umfragen und Werbeagenturen gegenüber den über Mitglieder transportierten Stimmungen aus dem Alltag. Ökonomische Rationalität hat Einzug gehalten, wenn sich Parteien mehr und mehr als Anbieter von bestimmten politischen Produkten (»Konzepten«) und die Wählerinnen und Wähler als Konsumenten verstehen, die möglichst rational zwischen verschiedenen Angeboten wählen (und nach dem Wahltag die Lieferung erwarten). Verloren geht auf diese Weise, was einmal politische Leidenschaft und Aufbruch auszeichnete.

Transformation des Parteiensystems: Was kommt nach der neuen Unübersichtlichkeit?

In vielen Landesparlamenten findet eine Transformation des Parteiensystems zu einem Mehrparteiensystem mit mehreren »mittleren« (15%-30%) und kleineren (5%-15%) Parteien statt. Dieser Wandel ist Ausdruck einer abnehmenden Parteibindung und wachsenden Wechselbereitschaft der wählenden Bürgerinnen und Bürger. Wachsende Ungeduld mit der Wirkungsmacht der aktuell bevorzugten Partei, anhaltende Suche nach grundlegenden Orientierungen für Gesellschaft und Alltagsleben in einer sich sozial, technologisch, demografisch und politisch rascher wandelnden Umwelt und zunehmende soziokulturelle und sozioökonomische Heterogenität gehören zu den Treibern der Transformation des Parteiensystems. Sie hat zwei unmittelbare Konsequenzen. Erstens wird der potentielle Wahlausgang, welche Parteien die Regierung und welche die parlamentarische Opposition stellen werden, für die Wählenden unberechenbarer, die Bedeutung taktischer Wahlentscheidungen nimmt ab bzw. sie verändert ihren Charakter, wenn mehrere Parteien in Frage kommen. Und dies wird immer häufiger der Fall, da Zweiparteienkoalitionen immer seltener erwartet werden können. Wofür eine Partei steht, gewinnt für die Orientierung wieder an Bedeutung. Gleichzeitig stellt zweitens die Aufgabe der Regierungsbildung die gewählten Parteien vor neue Herausforderungen, wenn eine Partei wie die AfD, die die demokratischen Spielregeln nicht zu akzeptieren bereit ist, zwecks Wahrung eines demokratischen Konsenses nicht beteiligt werden darf bzw. soll. Lagerübergreifende Koalitionsbildungen drohen die Unterscheidbarkeit der Parteien weiter zu verwässern. Andere Modelle wie Minderheitenregierungen, die nicht gestürzt werden, solange sie keine AfD-Politik betreiben, sind nicht erprobt.

Solche politischen Gemengelagen werden sich in dieser Phase der politischen Transformation vermutlich häufen. Noch werden sie eher als eine Art demokratiepolitischer Notstand und als Verlust an politischer Stabilität begriffen und nicht als die neue parlamentarisch-demokratische Normalität oder gar als Gewinn an politischer Debatte und demokratischer Qualität. Erst eine unter diesen Bedingungen wieder erstarkende politische Kultur, die Konflikte austrägt über verschiedene mögliche Antworten auf die großen Fragen bzw. Verunsicherungen, um deren Bedeutung »alle« irgendwie »wissen«: Demografie und regionale Ungleichheit, digitale Technologie und künstliche Intelligenz, Klimakatastrophe und Wachstum, Migration und Transnationalisierung sowie die Möglichkeiten europäischer und globaler Kooperation in Zeiten wachsender Nationalisierung; wird die vermeintliche Repräsentationskrise des politischen Systems (und damit der Parteien als Mitwirkende an der politischen Willensbildung im Volk) wirksam bearbeiten können. Repräsentieren heißt nicht widerzuspiegeln, sondern Vorschläge zu machen, wohin und nach welchen Regeln sich Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sollen; Vorschläge, hinter denen sich unterschiedliche Teile eines sozial heterogenen »Volkes« versammeln können. An den »großen Verunsicherungen« können, das zeigt der Aufschwung für antidemokratische, autoritäre Bewegungen und Parteien, demokratische Systeme scheitern, Parteien erodieren oder gar verschwinden, bestehende Parteien sich erneuern oder neue entstehen. Anzunehmen ist, dass es hierbei über kurz oder lang zu einer Rekonstruktion von politischen Lagern, von links und rechts kommen wird, ja muss. (Es reicht nicht, siehe SPD, einzelne Projekte sozialer Gerechtigkeit herauszustellen, um die Affekthaushalte linker Politik wieder für sich zu gewinnen.)

Repräsentieren heißt zum Beispiel auch, um ein näher an der Landespolitik liegendes Problem zu wählen, vorzuschlagen, wie über bestimmte Probleme gesprochen werden soll und welcher Möglichkeitsraum für Lösungen damit geöffnet wird. Über anhaltende oder wachsende regionale Ungleichheiten lässt sich auf mittlere Sicht weiterhin unter der Ost-West-

Angleichungsperspektive diskutieren und nach Lösungen suchen. Es ließe sich indes auch unter dem Aspekt von wachsenden und schrumpfenden Regionen über das gleiche Problem, dann aber auch als eines innerhalb der ostdeutschen Länder, z.B. Brandenburgs diskutieren. Es wäre dann weniger verknüpft mit den (tatsächlichen und vermeintlichen) Ungerechtigkeiten der Wende, sondern mit Abwanderung, Alterung und abnehmender Bevölkerungsdichte, die es unter den bestehenden Richtlinien schwer machen, in dünn besiedelten Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Es handelte sich dann um kein Ost-West-Problem, sondern um ein gesamtdeutsches, welches regional gehäuft auftritt. Ein wesentlicher Aspekt der Repräsentationskrise scheint hierin zu bestehen: Entweder wird über regionale Ungleichheit unter dem Aspekt der unvollendeten Ost-West Einheit diskutiert oder unter dem Aspekt Stadt-Land. Tatsächlich gibt es aber auch florierende Landkreise und schrumpfende Städte. Überwindung der Repräsentationskrise würde bedeuten, dieser Alltagserfahrung der ungleichmäßigen Verknüpfung mit ökonomischen Veränderungen und transnationalen Wertschöpfungsketten ein Wahrnehmungsmuster, eine politische Interpretation bzw. einen Ausdruck und Rahmen vorzuschlagen, in dem Lösungen gesucht und gefunden werden können, deren aktiver Teil man sein kann. Ansonsten bleibt diese »Repräsentationslücke« ein Rohstoff für politische Schwarzmarktphantasien.